

Zahlungen an Dr. Wolf 2025; Dr. Wolf ist in der Kanzlei Grohs Hofer Rechtsanwälte tätig

Datum, Materialien/Anwesenheit von Dr. Wolf, Zahlungsbeschluss	Betrag
03.04.2025 GR-Sitzung TOP 18; VA-Überschreitung aufgrund einer Stellungnahme zu meiner Meldung am 8.1.2025 an die StA, Gesamtkosten 19.000 €	15.160 €

Zahlungen an Dr. Wolf, Kanzlei PHH, 2024; Dr. Wolf hat 2024 die Kanzlei PHH verlassen

Datum, Materialien/Anwesenheit von Dr. Wolf, Zahlungsbeschluss	Betrag
REAB 2024 (Seite 331)	17.537,21

Zahlungen an Dr. Wolf, Kanzlei PHH, 2023

Datum, Materialien/Anwesenheit von Dr. Wolf, Zahlungsbeschluss	Betrag
31.01.2023: Gemeinderatssitzung zur weiteren Vorgehensweise bei meinem Auskunftsbegehren (Dr. Wolf anwesend), kein dringlicher Antrag für Beratungskosten vor dem einzigen nicht-öffentlichen TO-Punkt	
Erstellung Vorlagebericht an das LVwG (vermutlich größtenteils übernommen vom Vorlagebericht an das LVwG vom 14.02.22)	
2023: Beschluss in der nicht-öffentlichen Sitzung vom 21.06.2022, lt. Schreiben des Bgm. vom 25.4.2023 wurden 27.537,21 € erst im Jahr 2023 bezahlt; lt. Schreiben vom 26.3.2024 9.823 €	9.823 €
12.06.2023: Verhandlung vor dem LVwG , mehr als 5 Stunden Verhandlungsdauer, für die Gemeinde sind Dr. Wolf und zwei weitere Rechtsanwältinnen der Kanzlei PHH anwesend	
16.10.2023: Beschluss der Überschreitungen in der GR-Sitzung ; 166.000 € für den Rechts- und Beratungsaufwand Ergebnishaushalt, Datum der Beschlussfassung im REAB 31.12.2023.	
Gesamtsumme „Rechts- und Beratungskosten“ 2023 lt. REAB 2023 (Seite 105) Fin.haushalt, Erg.haushalt 166.700 €	149.000 €

Zahlungen an Dr. Wolf, Kanzlei PHH, 2022:

Datum, Materialien/Anwesenheit von Dr. Wolf, Zahlungsbeschluss	Betrag
14.02.2022: Erstellung Vorlagebericht an das LVwG (größtenteils vermutlich übernommen vom Vorlagebericht an den Vorstand vom 11.08.2021), 6 Seiten, wurde mir vermutlich irrtümlich zugesandt	42.107,64 (lt. REAB 2022, Seite 287)
Beratungskosten Beschluss nicht-öff. TO-Punkt GR-Sitzung 21.06.2022; Anwesenheit von Dr. Wolf bei der Sitzung? (im Protokoll nicht ersichtlich)	
18.11.2022: Bescheid und Auskunftserteilung Gemeinderat, insgesamt 15 Seiten	wurde lt. Bgm. erst 2023 bezahlt
GR-Sitzung am 14.11.22, nicht-öff. TO-Punkt; Anwesenheit von Dr. Wolf bei der Sitzung	
Offene Rechnung zum 31.12.2022 (vermutlich 2021, siehe REAB 2021, Differenz Ergebnis- zu Finanzierungsrechnung) PHH Rechtsanwälte	5.979 €

<u>lt. Auskunft des Bgm. am 28.3.2023</u>	
Gesamtsumme „Rechts- und Beratungskosten“ 2022 lt. <u>REAB 2022 Finanzierungsrechnung</u>, im Ergebnishaushalt 81.931 € (Seite 93)	72.100 €

Zahlungen an Dr. Annika Wolf, Kanzlei PHH, 2021:

Datum, Materialien/Anwesenheit von Dr. Wolf, <u>Zahlungsbeschluss</u>	Betrag
02.6.21: Auskunftserteilung zu meinen vier Auskunftsbegehren, insgesamt 21 Seiten, <u>alle vier Antworten sind belegbar unrichtig</u>	
08.6.21: vier Bescheide; insgesamt 19 Seiten; <u>lt. Erkenntnis des LVwG falsche Behörde</u>	
11.8.21: Berufungs- und Aktenvorlage an den Gemeindevorstand	
24.08.21: <u>Gemeinderatsbeschluss GR-Sitzung 24.08.2021</u> : Beratungskosten nicht öffentl., Anwesenheit von Dr. Wolf (auch für den Baurechtsvertrag); <u>Kosten siehe Prüfungsausschuss-Bericht v. 08.04.2022 (Seite 3)</u>	70.000 €
17.12.21: Berufungsbescheid des Gemeindevorstandes; 11 Seiten; vermutlich Anwesenheit von Dr. Wolf bei der Vorstandssitzung	
Rechnungsabschluss 2022, nicht genehmigte, überplanmäßige Beratungskosten – Siehe Prüfungsausschuss-Bericht v. 08.04.2022	57.000 €
Gesamtsumme „Beratungskosten“ 2021, siehe <u>Antwort Bgm. auf meine Stellungnahme zum REAB 2021 v. 05.04.2022</u>	126.946,01 €

Die Zahlen sind sehr undurchsichtig, alle Angaben ohne Gewähr. Ich bitte um Info, wenn ich etwas falsch angegeben habe!

Summe der absurden „Beratungskosten“ lt. den bisherigen REAB: 2024 17.500 € + 2023 149.000 € + 2022 72.100 € + 2021 127.000 € + 19.000 € Ausgaben 2025 für die Stellungnahme zu meiner Meldung an die StA= **384.600 €; zum Vergleich: Grundstückserlös **413.000 €**, **Rechtsanwaltskosten für die Nahwärme-Restrukturierung 2016-2018 269.000 €****

Zu den Kosten 2025: 36 Stunden Arbeitszeit für die Stellungnahme zu meiner Meldung an die StA Korneuburg? Mein Anwalt hat wesentlich weniger Zeit für die Meldung gebraucht und auch wesentlich weniger gekostet.

Zu den Kosten 2023: 166.000 € Rechts- und Beratungskosten (Ergebnishaushalt): bei angenommenen ca. 430 €/Stunde ergibt das 386 Stunden, mehr als 32 Stunden im Monat? Wofür? Die Kosten für die **drei Rechtsanwältinnen** (lt. Auskunft von Kundigen absolut unüblich!) bei meiner Verhandlung vor dem LVwG: ca. 430 € (angenommen) x 3 RAinnen x 5 Stunden Verhandlung + ca. 2 Stunden Anreise + ? Stunden Vorbereitung ~ 10.000 € Kosten für die Gemeinde = für alle Gemeindebürger*innen. Für die Aussagen „Geld hat kein Mascherl“, „es ist nicht nachvollziehbar, wofür die Gemeinde 413.000 € ausgegeben hat“ wofür sonst noch? Meinen eigenen Anwalt habe ich selbst bezahlt (unter 4.000 €).

2022: 42.000 € für 6 Seiten Vorlagebericht (der mir vermutlich irrtümlich zugesandt wurde), beschlossen in einem nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkt am 21.6.2022

2021: 127.000 € : 380 € (angenommen) = 334 Stunden! : 7 Monate = 48 Stunden/Monat für meine Auskunftsbegehren? ([Trotzdem falsche Behörde](#))

Oder: 127.000 € : 60 Seiten (21 Seiten Auskünfte + 19 Seiten Bescheide + geschätzte 10 Seiten Aktenvorlage an den Gemeindevorstand + 11 Seiten Berufungsbescheid des Gemeindevorstands) = 2.100 €/Seite?? (oder ~5 Stunden Arbeitszeit/Seite)

Kommt nur mir das unverhältnismäßig vor? Viel Geld, um den Verbleib der Einnahmen aus dem Grundstücksverkauf zu verbergen!?

16. Jänner 2023: Spaltung bei PHH <https://extrajournal.net/2023/01/16/gruender-prochaska-trennt-sich-von-phh-beraten-von-fsm/>

Stefan Prochaska zu Problemen in Unternehmen: <https://www.youtube.com/watch?v=-m82Ky40Z5g>